

Partizipation auf Stützrädern: Der vom Bundestag eingesetzte Bürgerrat ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung

Extinction Rebellion: Mit der Entscheidung für einen Bürger:innenrat setzt der Bundestag eine Kernforderung der Bewegung teilweise um – und verpasst zugleich eine Chance.

19.06.2020 – Am gestrigen Donnerstag hat der Ältestenrat des Bundestags auf Vorschlag des Bundestagspräsidenten einen Bürgerrat als "neue Form der Bürgerbeteiligung" beschlossen. Dieser soll wie beim "Bürgerrat Demokratie" 2019 aus 160 per Los ausgewählten Bürger:innen bestehen, die bis Anfang 2021 ein Bürgergutachten zu einem Thema ausarbeiten.

Der Bundestag ist damit auf eine Kernforderung von Extinction Rebellion (XR) und anderen gesellschaftlichen Akteur:innen eingegangen. XR begrüßt die Entscheidung im Grundsatz. Allerdings lässt die geplante Umsetzung den Verdacht aufkommen, dass eine große Chance ungenutzt bleibt, kontroverse, dringliche Themen durch echte Bürger*innenbeteiligung angehen zu können.

Extinction Rebellion fordert Bürger*innenversammlung zur Klimakrise

*"Wir brauchen Bürger:innenversammlungen zu klar umrissenen Problemstellungen", sagt Sophie Klemm von der AG Bürger*innenversammlung bei Extinction Rebellion. Während andere Bürger:innenräte, zum Beispiel in Irland und Belgien, Entscheidungsempfehlungen zu konkreten und gesellschaftlich umstrittenen Grundsatzfragen wie Abtreibung und gleichgeschlechtlicher Ehe erarbeiten, soll sich die deutsche Variante der "Rolle Deutschlands in der Welt" widmen und lediglich ein Gutachten dazu erstellen. Ein Bürger*innenrat mit dieser nebulösen Fragestellung scheint nicht mehr als ein Versuch zu sein. "Dieses Vorgehen könnte das demokratische Instrument Bürger*innenrat schwächen, indem es den Eindruck einer Scheinpartizipationveranstaltung erweckt", so Klemm.*

Extinction Rebellion fordert seit längerem die Einberufung einer Bürger:innenversammlung, die konkrete Maßnahmen gegen die ökologische Katastrophe und für Klimagerechtigkeit erarbeiten soll. *"Die Klimakrise hat nicht die Zeit zu warten, bis der Bundestag ausführlich getestet hat, ob er den Menschen vertrauen kann.",* sagt XR-Aktivist Lorenz Kramer.

Fragen wirft außerdem der Zeitrahmen auf. Im Schnellverfahren – an nur drei Wochenenden – sollen die ausgelosten Bürger:innen das Thema mit Expert:innen diskutieren. Eine tiefgehende Auseinandersetzung ist so nicht möglich. *"Auch der Umgang mit den Ergebnissen des Bürger*innenrats ist deutlich verbesserungsfähig",* bemängelt Kramer. *"Speziell die Umwelt- und Klimakatastrophe erfordert umgehendes und zielgerichtetes Handeln, das in Form von Gesetzesvorlagen ausgedrückt werden sollte."*

*"Der Bundestag ist auf dem richtigen Weg, lässt aber einiges an Mut vermissen. Eine Bürger*innenversammlung eignet sich insbesondere dann gut, wenn das von ihr adressierte Thema in der Bevölkerung sehr kontrovers und, deshalb auch parteipolitisch hart umkämpft erscheint",* sagt Kramer. *"Die notwendigen Maßnahmen gegen die Klimakrise sind ein Paradebeispiel dafür. Wir brauchen in Deutschland jetzt eine Bürger*innenversammlung, die die ökologische Krise und das Thema Klimagerechtigkeit anpackt."*

Pressekontakt:

Annemarie Botzki: 0176 578 23 898